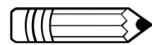


Philologenverband Schleswig-Holstein

Gymnasium heute

Weitere Themen in dieser Ausgabe:

- APR—Ausschuss für Personalratsfragen
- Neue A14 Runde
- Tarifabschlüsse für Bund und Kommunen
- Jugend forscht
- Veranstaltungskündigung
- KMK Rahmenvereinbarung
- Ausstieg aus dem Lehramt
- Kolumne
- Terminrückschau
- Rezension



editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

Jeder Schultag ist ein ‚Tag des Lehrers‘. Dieser Titel eines Beitrags im PROFIL, der Verbandszeitung des Deutschen Philologenverbandes (4/2023), hat mir spontan gefallen.

So sollte es sein: Denn die Lehrkräfte sind es, die jede Unterrichtsstunde planen, abhalten und anschließend reflektieren. Sie haben nicht nur die Fachanforderungen im Blick, sondern kennen auch die spezifischen Fähigkeiten und vielfältigen Persönlichkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler und die Erwartungen von



deren Eltern. Sie berücksichtigen kurz-, mittel- und langfristige Vorgaben und Veränderungen in der Bildungspolitik. Sie nehmen die Ergebnisse von Bildungsstudien auf und reflektieren diese. Lehrkräfte nutzen die Erkenntnisse aus zahlreichen Informationsquellen über unterrichts-, schul- und schülerspezifische Fragen der Pädagogik und Psychologie und ordnen diese in ihren professionellen Zusammenhängen ein.

Niemand kann ernsthaft behaupten, dass nicht jede seriöse Schulstunde

sowohl im engeren Sinn des Unterrichtens als auch im Geflecht des Lehrens und Lernens ohne eine Lehrerin oder einen Lehrer stattfinden könnte. Auch in Zeiten eines massiven Lehrkräftemangels abermals hervorgeholte Modelle des Lernens ohne Lehrkraft wie SOL – Selbstorganisiertes Lernen, der Freitag, Lernen in außerunterrichtlichen Projekten oder andere vergleichbare Ansätze funktionieren niemals ohne die planende und leitende Rolle einer Lehrkraft. ‚Auf den Lehrer kommt es an‘ – das wissen wir ja nun wirklich spätestens seit der allseits bekannten HATTIE-Studie. Also: Jede Kollegin und jeder Kollege sollte täglich spüren und genießen können, dass jeder Schulwochentag ihr oder sein ‚Tag des Lehrers‘ ist.

Leider sieht die Realität oftmals anders aus. Getrieben von alarmierenden Zahlen fehlender Lehrkräfte, jetzt und künftig, entwickeln die Bildungsverantwortlichen im Flickenteppich der bundesweiten Bildungspolitik erstaunliche Konzepte, Allianzen und Pläne. Statt nach gemeinsamen, länderübergreifenden Lösungen zu suchen, kocht jedes Land sein eigenes Bildungssüppchen. Und so droht et-



**Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.**

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein

wa Berlins Schulen die Abwanderung von Seiteneinsteigern nach Brandenburg, weil dort deren Verbeamtung ansteht (WELT online, 14.04.2023). Ähnlich einzuordnen ist die Willkommensprämie Bayerns für Lehrkräfte, die in Richtung Süden ziehen möchten (PM des Bayerischen Philologenverbands: Regionalprämie gegen Lehrermangel wirft Fragen auf, 19.04.2023).

Um nicht falsch verstanden zu werden: Selbstverständlich befürwortet der Philologenverband Schleswig-Holstein jede Entwicklung zum Vorteil von Kolleginnen und Kollegen – überall in der Republik.

Bundesländer jedoch, denen nichts weiter einfällt, als mehr Unterrichtsstunden ‚aus dem System zu quetschen‘, indem diejenigen Lehrkräfte, welche mehr oder weniger seit Jahrzehnten im Schuldienst tätig und in keiner Weise für den Lehrkräftemangel verantwortlich zu machen sind, nun noch stärker belastet werden, dürften mittelfristig das Nachsehen haben. Auch die Empfehlungen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels, laufen in diese Richtung und sind daher kaum zukunftsweisend.

Auf unserem Jahreskongress im Februar habe ich bereits einige Stichworte des SWK-Vorschlagkatalogs kommentiert. Im März stellte dann ein SWK-Mitglied die Empfehlungen auf der Sitzung des DPhV-Bundesausschusses (Phv-Vorsitzende der Länder) vor und ertete dort allseits vernichtende Kritik. Denn „Lehrkräfte sind keine Roboter, deren Arbeitszeit kontinuierlich erhöht werden kann und die zum Aufladen nur einen Stromstecker brauchen. Lehrerinnen und Lehrer haben ein Anrecht auf die Fürsorge ihrer Dienstherren, um gesund das Ruhestandsalter zu erreichen, und Schülerinnen und Schüler haben ein An-

recht auf qualitativ hochwertigen Unterricht in Gruppen von akzeptabler Größe mit engagierten und nicht erschöpften Lehrkräften“, so die Seniorenenbeauftragte des DPhV Edith Krippner-Grimme (PROFIL 4/2023).

Zugespitzt gesagt: ‚Kannibalismus‘ einerseits und ‚Geiselnahme‘ andererseits prägen mancherorts einen vielfach hilflos anmutenden Umgang mit dem grassierenden Lehrkräftemangel.

Da wundert es nicht, wenn sich angesichts des weitreichend festzustellenden Fachkräftemangels auch Lehrerinnen und Lehrer nach Alternativen umsehen.

Um eine zunehmend beobachtbare Entwicklung im Schuldienst des gesamten Bundesgebietes handelt es sich in dem Beitrag "Es ist merkwürdig, nicht mehr jeden Morgen in die Schule zu gehen". Zwei Gymnasialkolleginnen beschreiben und begründen darin ihre Entscheidung, dem Schuldienst den Rücken zu kehren. Aufgrund des massiven Attraktivitätsrückgangs des Lehrerberufes werden uns derartige Entscheidungen zukünftig immer mehr begleiten. Und, es sind zumeist die "Guten", die dem Lehrerberuf den Rücken zukehren werden! Weil sie am ehesten eine Alternative vor Augen haben und diese auch finden werden. Denn Lehrkräfte sind Fachkräfte! Ihr vertieftes Wissen in ihren Fächern, ihre umfassende Sicherheit in der Einschätzung pädagogischer und psychologischer Zusammenhänge, ihre Erfahrung den Schulalltag zu strukturieren und zu organisieren, ihr soziales Verständnis im Umgang mit Kindern, Jugendlichen, Eltern und Kollegen – das alles sind Schlüsselkompetenzen, die zurzeit auch in vielen anderen Berufsfeldern dringend nachgefragt werden.

Wertschätzung allein reicht eben

nicht! Das Gebot der Stunde heißt, endlich die Berufsattraktivität für die Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer umfassend zu erhöhen. Abiturientinnen und Abiturienten werden dann wieder vermehrt die Lehreraufbahn als Studienziel wählen, wenn sie während ihrer eigenen Schulzeit erfahren haben, dass der Lehrerberuf rundum erstrebenswert ist. Eine fundiert ausgebildete, von den guten Bedingungen ihres beruflichen Alltags überzeugte Lehrkraft ist die beste Werbung für junge Menschen, ihrerseits den Lehrerberuf anzustreben!

Das Redaktionsteam wünscht Ihnen eine gute Zeit mit dieser Ausgabe von Gymnasium heute. Wir freuen uns über Rückmeldungen.

Mit einem herzlichen Gruß,
Ihre

B. Loyler-Rück

Jetzt notieren:
außerordentlicher
Jahres-
kongress
28.09.2023
ConventGarten
Rendsburg

APR - Ausschuss für Personalratsfragen

Das Fristversäumnis bei der Einreichung der Kandidatenliste zur HPR-Wahl 2023, für das der Landesvorstand die Verantwortung übernommen hat, führte dazu, dass der von der GEW dominierte Hauptwahlvorstand den Philologenverband in unkollegialer Weise von der Wahl ausgeschlossen hat.

Unkollegial in mehrfacher Hinsicht:

- Auf der entscheidenden Sitzung Mitte Februar, als deutlich wurde, dass die Kandidatenliste des Phv-SH wenige Stunden vor Einreichungsende noch fehlte, wurde unser erkrankter Delegierter durch ein GEW-Mitglied vertreten. Diese Kollegin kam den üblichen Stellvertretungspflichten nicht nach. Sie informierte unseren Delegierten nicht.
- Die nachträgliche Einreichung der Phv-Liste erfolgte 42 Stunden zu spät. Der mehrfache Versuch, mit dem Hauptwahlausschuss ins Gespräch zu kommen, wurde abgelehnt. Eine Fristverlängerung wäre einfach gewesen; zumal im Hauptwahlvorstand ohne Sitzungseinladungen, Tagesordnungen und Protokolle „gearbeitet“ wurde. Erst nach der Einreichung unseres Widerspruches aus formalen Gründen wurden über das Wochenende sechs Protokolle nachgereicht.
- Anwaltliche Schreiben, die ebenfalls den Mediationsansatz verfolgten, wurden entweder gar nicht oder ablehnend beantwortet.

Lange haben wir im Landesvorstand überlegt, wie mit dieser Lage umzugehen ist. Sehr schnell waren wir uns einig, keine Wahlempfehlung für die HPR-Wahl zu geben. Denn die Kolleginnen und Kollegen sind selbst in der Lage, die bildungs- und berufspolitischen Ansätze der GEW und der IVL-SH, ehemals Realschullehrerverband, einzuordnen.

Wichtiger war die Teilnahme der Kolleginnen und Kollegen an der Wahl des Örtlichen Personalrats. Die ÖPR-Vertreterinnen und ÖPR-Vertreter vertreten die Interessen vor Ort. Sie sind nah an ihrem Kollegium dran, kennen die spezifischen Strukturen und können persönliche und organisatorische Zusammenhänge am besten einordnen.

Anstelle des HPR haben wir eine Parallelstruktur geschaffen: Zum 1. Juni 2023 konstituierte sich der Ausschuss für Personalratsfragen (APR) im Philologenverband Schleswig-Holstein.

Dessen Mitglieder verfügen über langjährige Erfahrungen in der (Haupt-)Personalratsarbeit. Diese werden in gewohnter Form die Beratung unserer Mitglieder in Personalratsfragen übernehmen, sich unregelmäßig und in unterschiedlichen Formaten mit Hinweisen und Neuigkeiten für die Kolleginnen und Kollegen melden und wie gewohnt Personalratsschulungen anbieten.

Der Landesvorstand dankt im Namen sämtlicher Mitglieder des Philologenverbandes Schleswig-Holstein den Kolleginnen Friederike Döhrer,

Heidi Pusse, Bettina Scharenberg und Kirsten Schmöckel für ihre Bereitschaft, ihr Wissen und ihre Erfahrungen zur Verfügung zu stellen und ehrenamtlich für den APR und damit für die Philologen Schleswig-Holsteins zu arbeiten.

Der APR wurde zunächst vorläufig eingerichtet und seine Mitglieder sind kommissarisch benannt. Auf dem außerordentlichen Jahreskongress am 28. September entscheiden die Kolleginnen und Kollegen über die Aufnahme des neuen Ausschusses in die Organisationsstruktur des Philologenverbandes Schleswig-Holstein und wählen dessen Mitglieder.

Ihre Kontaktadresse für Ihr Anliegen:

APR@phv-sh.de

Barbara Langlet-Ruck



Friederike Döhrer



Heidi Pusse



Kerstin Schmöckel



Bettina Scharenberg

Neue A-14 Runde 2023 - aus Fehlern gelernt ?

Der Phv-SH hat die mit einer Beförderung nach A14 verbundene Aufgabenübertragung immer abgelehnt. Leider konnten wir uns damit nicht durchsetzen. Als Entgegenkommen des Ministeriums wurde das Angebot einer Evaluation nach Abschluss des letztjährigen Verfahrens gemacht. Diese Evaluation hat nun stattgefunden, aber leider nur wenige Änderungen hervorgebracht.

Die Rückmeldung von den Schulleitungen waren meist positiv, so dass man keinen Grund sah, Grundlegendes zu ändern. Unsere Vertreter im HPR haben hier allerdings eine etwas andere Sichtweise.

- **Wo hakte es 2022 und was ist 2023 neu?**

Nicht immer wurde die **Bewerbungsberechtigung** vor Beginn des Verfahrens genau geprüft (z.B. zählt Elternzeit nicht zur geforderten 4-jährigen Dienstzeit nach der Ernennung zum Beamten auf Lebenszeit). So kam es auch in der letzten Beförderungsrunde dazu, dass Bewerberinnen oder Bewerber nach der Auswahlentscheidung plötzlich erfahren, nicht bewerbungsberechtigt zu sein. Sehr ärgerlich! Solche Fälle sollten im diesjährigen Verfahren auszuschließen sein.

Bei der **Aufgabenübertragung** fiel eine riesige Bandbreite an Quantität und Qualität der Aufgaben auf. Einige waren leistbar, andere kaum oder sie waren nicht ausreichend vom Aufgabenbereich einer schulfachlichen Koordination abzugrenzen. Hier soll in Zukunft stärker präzisiert werden, z.B. ob bei der geforderten Aufgabe eine Mitwirkung oder eine eigenverantwortliche Übernahme gemeint ist. Zur Vereinheitlichung und für mehr Übersicht und Trans-

parenz gibt es in der neuen Versetzungsrunde dazu ein standardisiertes rechtssicheres Formblatt.

Leider fehlt aber immer noch eine allgemeingültige Aufgabenbeschreibung, die Arbeits- und Zeitumfang sowie die Dauer der Zuständigkeit benennt oder die Fragen nach Teilbarkeit oder einem möglichen Wechsel der Aufgaben beantwortet. Auch der Begriff der „Höherwertigkeit“ der Aufgaben ist nach wie vor nicht klar definiert, denn häufig meint „höherwertig“ „zusätzlich“. Mehrbelastungen ohne Arbeitszeitausgleich sind aus unserer Sicht inakzeptabel.

- **Der ÖPR ist mitbestimmungsbe-rechtigt!**

In diesem Zusammenhang sollte auch auf die Mitbestimmung durch den ÖPR verwiesen werden. Dieser ist im gesamten Verfahren, also auch bei der Aufgabenübertragung zu „beteiligen“. Hier geht es nicht um Kenntnisnahme, sondern um Zustimmung, also einer einvernehmlichen Übertragung von Aufgaben, über die man sich in einem gemeinsamen Gespräch (ÖPR, SL, Lehrkraft) verständigt. Dabei sollten auch Aspekte wie Umfang oder Vergleichbarkeit von Aufgaben in den Blick genommen werden. Im Übrigen ist auch die „Mitzeichnung“ des ÖPR im Auswahlvermerk nicht nur ein Abzeichnen. Der ÖPR bestätigt durch seine Unterschrift, dass die Auswahl das Ergebnis eines korrekten Verfahrens ist und der ÖPR diese mitträgt.

Die **dienstliche Beurteilung** erfolgt ohne wesentliche Veränderungen erneut durch einen Ankreuzbogen **Zum Schluss noch einige Bemerkungen zu den „Bestandsoberräten“.**

Sie müssen erst 2025 mit Aufgaben „versorgt“ werden, und diesen Zeitrahmen sollten wir nicht unnötig verkürzen. Es hat im letzten Jahr schon vereinzelt Weigerungen von älteren OStR gegeben, nachträglich Aufgaben zu übernehmen, und auch eine Klage vor Gericht wurde nicht ausgeschlossen.

Termine im A-14 – Verfahren im Schuljahr 2022/23

Bis zum 22.05.2023 lief die Bewerbungsfrist, bis zum 15.09.2023 ist dann Zeit für die Erstellung der dienstlichen Beurteilung und bis zum 06.10.2023 sollten dann spätestens die Auswahlvermerke erstellt sein.

*Für die HPR-Vertreter des Phv-SH
Thomas Söhrnsen*

„Fun Fact“ zum Schmunzeln und Grübeln:

Guten Tag,

ich habe eine Frage zur Wahl: Bei uns müssen drei Frauen und zwei Männer in den ÖPR. Es standen viele Frauen und drei Männer zur Wahl. Nun ist es nach der Auszählung so, dass der dritte Mann mehr Stimmen als die dritte Frau hat. Müssen dann nun doch drei Männer und zwei Frauen in den ÖPR?

Ratlose Grüße,

*(E-Mail-„Verzweiflungsruf“,
16.05.2023)*

Tarifabschlüsse für Bund und Kommunen

Manfred Ernst nimmt Stellung

Der ehemalige und langjährige Vorsitzende des Ausschusses für Beamtenrecht und Besoldung im Philologenverband Schleswig-Holstein bewertet die Tarifabschlüsse für Bund und Kommunen

Im Flensburger Tageblatt des sh:z (schleswig-holsteinischer Zeitungsverlag) erschien am 11.05.2023 ein Beitrag von Burkhard Ewert (Redakteur):

Sie zahlen gerne für den Staat – „natürlich“!

REST DER REPUBLIK Wie wir die Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst wahrnehmen, ist mitunter irritierend

Unser Kollege Manfred Ernst stellt die Aussagen und Behauptungen auf die Probe und ordnet diese ein – WIE ES WIRKLICH IST.

„Sehr geehrter Herr Ewert, beim Lesen Ihres Kommentars habe ich mich gefragt: Was treibt den Autor? Schlechte Laune? Neid? Ich möchte einige Punkte aus Ihrem Text aufgreifen.“

1.

Ewert, sh:z: „Streiks (...) im öffentlichen Dienst (schaden) nicht ihrem monopolartig privilegierten (? , M.E.) Arbeitgeber, sondern der Allgemeinheit - uns.“

Ernst: „Wem schadet es, wenn Sie streiken? Dem sh:z?

Nein, dem Leser - mir.

Der Streik ist das grundgesetzlich verbriefte Recht der Arbeitnehmer, in Tarifeinsetzungen Druck auf die Arbeitgeber ausüben zu können. Jeder Streik trifft den Arbeitgeber nur mittelbar, im Endeffekt aber

immer dessen Kunden. Bei der KiTa wären das die Eltern des zu betreuenden Kindes, bei der Stahlindustrie die Autofirmen als Stahlabnehmer. Der Druck der Kunden auf den Arbeitgeber soll dessen Kompromissbereitschaft erhöhen.“

2.

Ewert, sh:z: „Zweitens profitieren sie von Abstandsgeboten etwa zur neuen Grundsicherung quasi automatisch.“

Ernst: „Was ist dagegen einzuwenden, wenn Beschäftigte im öffentlichen Dienst mehr bekommen, als jemand in der Grundsicherung? Im Gegensatz zum Empfänger von Grundsicherung arbeiten Beschäftigte im öffentlichen Dienst 39/41 (Tarifbeschäftigte/Beamte) Stunden pro Woche. Vielleicht bezweifeln Sie ja auch, dass im öffentlichen Dienst überhaupt gearbeitet wird, aber mehr als Grundsicherung sollte das Betreuen von Kindern, Leeren von Mülltonnen oder Ausstellen von Pässen doch wert sein. So hat z. B. das OVG Schleswig am 23.03.2021 (Az 2 LB 93/18) die verfassungswidrige Unteralimentation wegen Verletzung des Abstandsgebots festgestellt. Durch Vorlagebeschluss ist die Klage zz. beim Bundesverfassungsgericht anhängig.“

3.

Ewert, sh:z: „(Die) Sicherheit der Arbeitsplätze und die gute soziale Versorgung (sollten) durch ein tendenziell geringeres Gehalt als in der freien Wirtschaft aufgewogen werden.“

Ernst: „Mit diesem ‚Argument‘ will der Arbeitgeber seit Jahren immer wieder geringere Lohnsteigerungen rechtfertigen. Angesichts des Arbeitskräftemangels ist die Sicherheit eines Arbeitsplatzes in der freien Wirtschaft der im öffentlichen Dienst vergleich-

bar. Auch haben sich "in schweren Zeiten" die Einkommen im öffentlichen Dienst sehr wohl unterdurchschnittlich entwickelt (Kürzung/Streichung des Weihnachtsgeldes, prozentuale Kürzungen für eine Versorgungsrücklage, Selbstbehalt in der Beihilfe, usw.). Bei gleichbleibender, im Lehrerbereich sogar steigender Arbeitszeit entspricht dies realen Lohn-/Gehaltskürzungen.“

4.

Ewert, sh:z: „Viele Beschäftigte (verdienen) im öffentlichen Dienst durchaus ordentlich.“

Ernst: „Durch Sockelbeträge, die die Gewerkschaften in den vergangenen Jahren erstritten haben, trifft das im unteren Lohnsegment z. T. zu. Aber versuchen Sie einmal im qualifizierten Bereich Bauplaner, Lehrer oder gar IT-Fachleute für den öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein zu gewinnen. Das ist kaum möglich, weil die freie Wirtschaft deutlich höhere Gehälter zahlt. Das wird durch familienfreundliche Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst nicht ausgeglichen.“

5.

Ewert, sh:z: „Die Bezüge im öffentlichen Dienst (legen) stärker zu, als für andere Arbeitnehmer.“

Ernst: „In den Tarifverhandlungen zwischen Verdi/dbb und Bund/Kommunen wurde vereinbart:

a) eine steuerfreie Sonderzahlung 06.23 von 1.240 €,

b) eine steuerfreie Sonderzahlung von 07.23 bis 02.24 von monatlich 220 €,

c) ab 03.24 eine Lohnanhebung von 200 € und eine anschließende Steigerung um 5,5 %. Sollte durch Anhebung und Steigerung nicht ein Be-

trag von 340 € erreicht werden, steigt stattdessen der Lohn ab 03.24 um 340 €.

Das Ergebnis wertet die Gewerkschaft Verdi und der dbb als Inflationsausgleich, den Punkt 3 als soziale Komponente.

Rechnet man genau nach, erhalte man z. B. für

- A 7 (Erfahrungsstufe 10) Gehaltssteigerungen von 5,852 % p. a. und für

- A 14 (Erfahrungsstufe 12) Gehaltssteigerungen von 3,766 % p. a.

auf eine Laufzeit von zwei Jahren bei wirkungsgleicher Übertragung auf den Beamtenbereich. Die angenommenen Erfahrungsstufen entsprechen dem Höchstgehalt.

Das zeigt, dass die Lohnsteigerungen gerade in den oberen Lohnstufen deutlich unter der Inflationsrate liegen. Die Abgeordnetendiäten für

den Landtag Schleswig-Holsteins steigen um 4,3 % p. a. auf der Grundlage der Einkommensentwicklung in 2022.

Da Verdi überwiegend Beschäftigte der unteren Lohngruppen vertritt, ist nachvollziehbar, dass in diesem Segment seit Jahren überproportionale Lohnsteigerungen angestrebt werden (soziale Komponente). Auf Dauer führt das natürlich dazu, dass sich der Abstand zwischen den Lohngruppen verringert.

Das ist auch mit ein Grund dafür, dass es zunehmend Probleme gibt, Leitungsfunktionen zu besetzen. Für das immer geringere Lohnplus möchten sich immer weniger mit dem zusätzlichen Ärger und der Verantwortung belasten.

Hinzu kommt, dass der Tarifabschluss 3.000 € Corona-Pauschale

(Punkte a) und b)) enthält, die sich in den folgenden Jahren nicht mehr tabellenwirksam auswirken werden. Ein genauer Blick zeigt also, dass das Ergebnis gerade in Bezug auf die Inflationsrate nicht so toll ist, wie Sie offensichtlich glauben. Zz. liegt die Inflationsrate bei 7,2 % p. a., also deutlich oberhalb der vereinbarten Lohnsteigerungen.

Ich will Ihnen keine populistische Meinungsmache unterstellen, aber das Tarifrecht ist zu komplex, als dass man den gesamten öffentlichen Dienst bzw. die Gewerkschaften Verdi/dbb als Schädlinge an der Allgemeinheit -uns- darstellen sollte.

Mit freundlichen Grüßen

Manfred Ernst“

Jugend forscht - Der Philologenverband gratuliert den Siegern aus Schleswig-Holstein

Nicolai Schlüter, Moritz Trapp und Lewin Raetzell aus Heikendorf und Schönberg sind die Gewinner eines der *Jugend forscht*-Preise. Unterstützt wird diese jährliche Preisverleihung von der Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung. Die drei Oberstufenschüler reichten ihre Arbeit über „**Roboterbienen in Aktion: Bee a drone – künstliche Bestäubung**“ im Themenbereich **Mathematik/Informatik** ein. Mit dem *Jugend forscht*-Preis wurden die Schüler und ihre Arbeit nun angemessen gewürdigt.



Anlass für die Forschungsarbeit der siebzehn- und achtzehnjährigen Schüler von der Heinrich-Heine-Schule in Heikendorf war die Erkenntnis, dass Bienen in der Natur eine wichtige Rolle spielen, ihre Bestände allerdings messbar schwinden. Nicht nur in der Landwirtschaft sind

diese Verluste spürbar. Fachleute erkunden zurzeit mit dem Einsatz der Künstlichen Intelligenz den Einsatz von Drohnen, welche wiederum einen künstlichen Bienenschwarm zum Bestäuben in

Bewegung setzen können. Die Schüler entwickelten nun eine Software zur Blütenerkennung sowie ein Programm, das die Kollision von Roboterbienen verhindern kann. Der eigens gebaute Prototyp eines aus zwei Quadrocoptern bestehenden Minischwarms ergänzt ihr Pro-

jekt.

Die Oberstufenschüler der Heinrich-Heine-Schule haben mit ihrer Forschungsarbeit vorbildhaft bewiesen, dass der Bonner Beschluss der KMK aus dem Jahre 1972 für die gymnasiale Oberstufe unverändert gilt: Mit vertiefter Allgemeinbildung und wissenschaftspropädeutischem Arbeiten wird auf die allgemeine Studierfähigkeit vorbereitet.

Der Philologenverband Schleswig-Holstein dankt Nicolai Schlüter, Moritz Trapp und Lewin Raetzell für ihr Engagement und wünscht ihnen auf ihrem Weg weiterhin Neugier, Ausdauer und Erfolg!

Barbara Langlet-Ruck

Textauszüge aus: Stiftung Jugend forscht e. V., Die Unternehmensverbände im Lande Bremen e. V. (Hrsg.), 2023, Preisträgerinnen und Preisträger, Jugend forscht, 58. Bundeswettbewerb 18. bis 21. Mai 2023 in Bremen, S. 17

Veranstaltungsankündigung



Ortsverband Kiel

Kiel, den 3.5.2023

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir laden Sie herzlich ein, mit uns einen netten Abend mit Grillen und guten Gesprächen zu verbringen.

Dieser Abend soll neben dem kollegialen Austausch auch der Information durch den Landesvorstand dienen. Wir freuen uns auf anregende Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen, zu denen selbstverständlich auch unsere Pensionäre zählen, mit Mitgliedern und Nichtmitgliedern.

In diesem Jahr laden wir erstmalig auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Ortsverband Neumünster herzlich ein.

Wir treffen uns am **Donnerstag, dem 7. September 2023**, um **18.00 Uhr**, im 1. Kieler Hockey- und Tennisclub (Eckernförder Straße, am Nordmarksportfeld).

Für einen Imbiss mit Grillgut und Beilagen ist gesorgt.

Sollte jemand ein vegetarisches Gericht wünschen, bitten wir, dies bei der Anmeldung mit anzugeben.

Wir bitten Sie, die Teilnahme am Sommerabend über die Ansprechpartner Ihrer Schule **bis spätestens zum 31.8.2023 anzumelden** bei

PhV-Geschäftsstelle (Herr Bauer), Muhlusstraße 65, 24103 Kiel,
Tel.: 0431-8 19 40, Email: info@phv-sh.de

Pensionärinnen und Pensionäre bitten wir, sich direkt in der Geschäftsstelle anzumelden.

Der Vorstand des Bezirksverbandes Kiel:
Jörg Bruckmüller, Otmar Vetter

Bundesvereinigung der
Oberstudiendirektorinnen und Oberstudiendirektoren
Bundesdirektorenkonferenz (BDK)

Der Vorsitzende
Oberstudiendirektor Arnd Niedermöller

BDK Bundes
Direktoren
Konferenz
Gymnasien

Erklärung der BDK zur Vereinheitlichung des Abiturs in Deutschland

Die BDK fordert, dass die KMK eine echte Vereinheitlichung des Abiturs in Deutschland beschließt. Zu befürchten ist, dass die bisher für Herbst 2023 geplanten Regelungen dieses Ziel nicht erfüllen. Damit käme die KMK dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts von 2017 nicht nach.

Die KMK wird die vom Bundesverfassungsgericht bereits 2017 angemahnten Entscheidungen zur bundesweiten Vereinheitlichung des Abiturs treffen. Es ist zu erwarten, dass erneut nur eine oberflächliche Vereinheitlichung definiert wird, tatsächlich aber die Unterschiede so groß sind, dass die Differenzen zwischen den Abiturbedingungen weiterhin gravierend bleiben.

Damit würden beispielsweise weiterhin

- Schüler:innen mit gleichen Leistungen in einem Bundesland zum Abitur zugelassen werden, in einem benachbarten hingegen nicht,
- Schüler:innen in einem Bundesland 5, in einem anderen 18 Klausuren pro Halbjahr schreiben müssen,
- Schüler:innen mit unterschiedlichen Leistungsanforderungen konfrontiert werden, wodurch eine Verzerrung beim Wettbewerb um begehrte Studienplätze entsteht.

Die KMK ist aufgefordert, die Bedingungen für das Abitur in Deutschland zu vereinheitlichen. Dies ist eine Forderung, die die BDK seit ihrer Gründung 1971 zentral stellt. Wir haben in unserer Düsseldorfer Erklärung von 2014 bereits die Vereinheitlichung des Abiturs gefordert und in der Erfurter Erklärung von 2017 konkrete Vorschläge unterbreitet. Diese gelten nach wie vor. Darüber hinaus fordern wir:

- Die Anzahl der einzubringenden Kurse muss bundesweit vereinheitlicht werden. Eine Verschärfung in den Fächern Deutsch und Mathematik hinsichtlich der Abiturzulassung lehnen wir ab.
- Die Dauer der gymnasialen Oberstufe muss in allen Bundesländern identisch sein.
- Die Bedeutung der Schriftlichkeit für eine profunde Bildung muss erhalten bleiben. Die Anzahl und Dauer der Klausuren im Lauf der gymnasialen Oberstufen muss vergleichbar sein, um die Belastung der Schüler:innen auf vergleichbarem Niveau zu halten. Lernen und Kompetenzerwerb sind wichtiger als Prüfen!
- Darüber hinaus müssen digitale Prüfungsformate entwickelt und erprobt werden.
- Alle Prüfungsformate müssen einheitliche Qualitätsstandards erfüllen, insbesondere muss der Anforderungsbereich III in alternativen Prüfungsformaten abgedeckt sein.
- Das Abitur muss an allen Schulformen, die das Abitur vergeben, unter identischen Bedingungen und mit gleichen bundesweit zentral erstellten schriftlichen Prüfungsaufgaben abgenommen werden.

Berlin, den 03.03.2023

Neue K M K –Präsidentin besucht D P h v - Bundesvorstand

Katharina Günther-Wünsch mit pädagogischer Erfahrung und klaren schulpolitischen Vorstellungen

Man kann es als den Höhepunkt der letzten Sitzung des **Bundesvorstands** bezeichnen: Unmittelbar nach ihrem Amtsantritt als Präsidentin der Kultusministerkonferenz besuchte die neue Schulsenatorin des Landes Berlin, **Katharina Günther-Wünsch** (CDU), den Bundesvorstand des Deutschen Philologenverbands. Dieser war zu seiner regulären Halbjahrestagung in Berlin

zusammengekommen, wo die Vorsitzende Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing die Senatorin, die das Schulressort nach Bildung der Großen Koalition unter dem neuen Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (C D U) übernommen und damit gleichzeitig – turnusgemäß – auch die Präsidentschaft der K M K angetreten hatte, herzlich begrüßte.

Die gebürtige Dresdnerin und Mutter von vier Kindern blickt auf eine jahrelange Tätigkeit als Lehrerin in Sachsen und Sachsen-Anhalt zurück, vor allem aber

auch auf Erfahrungen als Schulleiterin im herausfordernden Berliner Bezirk Neukölln.

Jetzt gilt ihr Augenmerk dem eklatanten, man darf getrost sagen: erschreckenden Lehrermangel in dem Stadtstaat. Es fehlen mehr als 1 000 Lehrkräfte in Berlin. Eine Maßnahme des Senats ist die in anderen Bundesländern selbstverständliche Beschäftigung als Beamte. Mit großen Anstrengungen bemüht sich die Senatorin derzeit aber um weitere Möglichkeiten, den Lehrerberuf attraktiv zu



machen und Nachwuchs heranzuziehen und zu halten. Dabei schreckt sie vor neuen, auch ungewöhnlichen Wegen nicht zurück.

Katharina Günther-Wünsch überzeugte die D P h v-Mitglieder mit einem klaren schulpolitischen Standpunkt. Dieser enthielt ein klares Bekenntnis zum gegliederten

Schulwesen, zu der ihre Aussage „Jede Schulform hat ihre Daseinsberechtigung“ keineswegs im Widerspruch stand.

Ein wichtiges Thema der Vorstandssit-

zung war die Auseinandersetzung mit den Themen „Vergleichbarkeit von Abitur und Oberstufe“ in den 16 Bundesländern. Eine strikte Ablehnung erfuhr dabei eine Initiative namens „Abitur im eigenen Takt“. Danach sollen Abiturprüfungen individuell abgelegt werden können, - ein Vorschlag, der erfreulicherweise von der Mehrheit der K M K nicht angenommen wurde und den der D P h v als gefährlichen Einstieg in eine Abwertung des Abiturs und eine gefährliche Hinwendung zu kompletten Hochschuleingangsprüfungen sieht.

Zurückhaltung zeigte der Deutsche Philologenverband bei eigenen konkreten Vorschlägen zur Bekämpfung des Lehrermangels angesichts der im Wesentlichen abzulehnenden Vorstellungen der S W K-Kommission, die die K M K berät.

Bundesvorstand und seine Landesverbände halten aber mehr denn je gute Arbeitsbedingungen an den Schulen vor Ort, eine höhere Wertschätzung des Lehrerberufs, zielgerichtete Werbekampagnen für ein Lehrerstudium und eine systematische Ermittlung der Ursachen von Studienabbrüchen für unabdingbar.

Walter Tetzloff

K M K - Rahmenvereinbarung

Mehr Vergleichbarkeit beim Abitur bedeutet mehr Gerechtigkeit bei der Studienplatzvergabe!

Philologenverband begrüßt Rahmenvereinbarung der K M K

Der Deutsche Philologenverband kämpft sein Jahrzehnten für mehr Vergleichbarkeit im Abitur. Dabei galt es immer die Balance zu wahren zwischen einem klaren Bekenntnis zu Kulturhoheit der Länder, wie sie unser Grundgesetz vorsieht, und dem Postulat der Gerechtigkeit, wenn es um die Lernbedingungen geht, unter denen unsere Schülerinnen und Schüler ihre Reifeprüfung ablegen und

in den Wettbewerb um Studienplätze eintreten.

Ein entscheidender Schritt ist jetzt getan!

Die Bundesländer können künftig nicht mehr allein entscheiden über die Zahl der Leistungskurse und die Anzahl und Ausrichtung der ins Abitur einzubringenden Kurse (40 Kurse sind künftig verpflichtend, 36 in die Gesamtqualifikation einzubringen). Verpflichtend sind überdies künftig Klausuren in Kernfächern und der fortgeführten Fremdsprache!

Die neuen Bestimmungen orientieren

sich an Bayern, Sachsen und Schleswig-Holstein. Für uns bedeuten sie **wenig Veränderungen, für andere Bundesländer umso mehr!**

Die K M K-Vereinbarung ist ein Erfolg für den Philologenverband und eine konsequente Folge der Forderung des Bundesverfassungsgerichts.

Dank gebührt dabei auch der früheren K M K-Präsidentin Karin Prien, die sich mit Nachdruck für die länderübergreifende Regelung eingesetzt hat.

Walter Tetzloff

Ausstieg aus dem Lehramt— ein Erfahrungsbericht aus NRW

»Es ist merkwürdig, nicht mehr jeden Morgen in die Schule zu gehen«

Stefanie Ewers und Christine Laßmann waren Lehrerinnen aus Leidenschaft – trotzdem haben beide ihren Beruf an den Nagel gehängt. »Es kann nur besser werden«, sagen sie mit Blick auf die Situation an unseren Schulen und die Stimmung in den Lehrerzimmern. Mit der PhV-Vorsitzenden Sabine Mistler haben sie sich über die besonderen Herausforderungen an Gymnasien unterhalten.

Frau Ewers, Sie hatten Ende Januar Ihren letzten Arbeitstag als Lehrerin. Wie fühlt sich das für Sie an?

STEFANIE EWERS: Das ist für mich alles noch ein wenig surreal. Nicht, weil ich derzeit keinen Job mehr habe, sondern weil ich sehr gern Lehrerin war. Es ist merkwürdig, nicht mehr jeden Morgen in die Schule zu gehen. Aber ich merke, wie ich von Tag zu Tag besser schlafe und mich langsam 'entknittere'. Ich habe mich als Lehrerin zum Schluss wie ein zerknittertes, hartes Blatt Löschpapier gefühlt, das sich jetzt wieder ganz vorsichtig an den Ecken glättet. Die Kündigung aus einer Festanstellung im Schuldienst war für mich so etwas wie ein 'unerhörter Schritt'. Dieser war für mich lange undenkbar. Ich bin so erzogen worden, dass man nicht aufgibt, sondern die Zähne zusammenbeißt und weitermacht.

Und wie geht's jetzt für Sie weiter?

EWERS: Die größte Herausforderung ist für mich tatsächlich gerade, wieder zu mir zu finden und aus diesem Tunnel herauszukommen, in dem ich mich zuletzt im Schuldienst befunden habe.

Ich bin auch gespannt, wie es für mich beruflich bald weiter gehen wird.

Bei Ihnen ist der Abschied schon etwas länger her, Frau Laßmann. Wie sieht es bei Ihnen aus?

CHRISTINE LASSMANN: Mein Abschied aus der Schule jährt sich in diesen Tagen zum ersten Mal. Zu gehen war für mich aber ein sehr langer Prozess, so eine Entscheidung trifft man nicht von heute auf morgen. Auch wenn ich etwas jünger bin als Frau Ewers, war der Abschied aus der Schule, aus dem Beamtentum, auch für mich ein unerhörter Schritt. Ich bin aber immer noch glücklich mit meiner Entscheidung und stehe voll dahinter, ich bin mit mir im Reinen.

In der aktuellen Diskussion geht es häufig um Grund- und Förderschulen und selten um Gymnasien. Was haben Sie am Gymnasium für besondere Belastungen erlebt, die es so an anderen Schulformen nicht gibt?

LASSMANN: Für mich hat sich die Perspektive auf meinen Beruf geändert,

seit meine drei Kinder selbst zur Schule gehen. Für mich war ausschlaggebend, dass ich kein System mehr mittragen möchte, in dem ich vor allem den Leistungsdruck wahrgenommen habe, der gerade am Gymnasium enorm hoch ist. Ich wollte nicht mehr die Person sein, die die ganze Zeit diesen Druck auf Kinder und Jugendliche ausübt, die ohnehin schon viel zu hohen Belastungen ausgesetzt sind. Es bleibt kaum noch Zeit für Pädagogik, und das hat mich sehr frustriert. Die Arbeit ist für mich als Lehrerin viel einfacher, wenn ich Zeit habe, mich mit den Kindern und ihrer häuslichen Situation zu beschäftigen und auseinanderzusetzen, aber dafür ist im Schulalltag gar keine Zeit. Zumal an meiner ehemaligen Schule auch Kinder unterrichtet werden, die keine oder nur eine eingeschränkte Gymnasialempfehlung mitgebracht haben. Manche haben auch nur eine Hauptschulempfehlung. Diese unterschiedlichen Voraussetzungen aufzufangen, selbst wenn man sich wirklich stark engagiert, ist sehr schwierig.

EWERS: Ich war immer eine sehr strukturierte Lehrerin, und ich habe, wie Frau

Zur Person



Christine Laßmann (44, verheiratet, drei Kinder) war seit 2010 verbeamtete Lehrerin für Deutsch, Englisch und Erdkunde am Gymnasium und hat den Schuldienst im März 2022 verlassen. Sie arbeitet jetzt als Fortbildungskoordinatorin in der Erwachsenenbildung.

Stefanie Ewers (56, verheiratet) war von 2007 bis Ende Januar 2023 angestellte Lehrerin (Sek I + II) für die Fächer Englisch und Deutsch an einem Berufskolleg und Gymnasium. Derzeit ist sie arbeitssuchend.



INFO

Laßmann, für meine Fächer gebrannt. Ich bin Philologin, Anglistin, Germanistin; ich habe häufig Leistungskurse unterrichtet und permanent Abiturprüfungen abgenommen oder mit dem Abitur zu tun gehabt. Ich habe gemerkt, dass ich trotz all meiner Struktur »auf die Bretter gehe«. Ich konnte so viel arbeiten, wie ich wollte, so viel korrigieren und planen, wie ich wollte, am Ende hat es zeitlich nie gereicht. Mir war klar: Mit diesen ganzen strukturellen Anforderungen und denen an mich selbst, bei zeitgleich zunehmender Klassengröße sowie mitunter abnehmender Lernbereitschaft der Schülerinnen und Schülern, würde ich das nicht mehr schaffen und K.o. gehen. Diese Schlagzahl wäre nur zulasten meiner Gesundheit gegangen und deshalb habe ich das System Schule verlassen.

LASSMANN: Das ist ein wichtiger Punkt. Auch wenn man engagiert ist, wird man seinen eigenen Ansprüchen und auch denen der Eltern und der Schule häufig nicht gerecht. Es gibt bestimmt Lehrerinnen und Lehrer, die das besser kompensieren, oder vielleicht auch resignieren, aber ich wäre irgendwann an den Punkt gekommen, an dem ich in die innere Emigration gewechselt oder krank und überbelastet geworden wäre.

EWERS: Wir beide haben das System Schule ganz verlassen, das war sicherlich ein extremer Schritt, aber viele Kolleginnen und Kollegen haben den Weg in die innere Emigration gewählt. Viele landen im Burnout oder in Lang-

zeiterkrankungen oder gehen – wie viele aus der Generation der Babyboomer/innen – wesentlich früher in Pension oder Rente. Die haben gar nicht vor, bis 67 Lehrerin oder Lehrer zu sein. Wir reden über eine große Gruppe, die immer noch nicht gesehen wird, die man vielleicht auch nicht sehen will. Es ist doch auch nicht so, dass Kolleginnen und Kollegen in Teilzeit gehen, weil sie genug Geld verdienen. Ich habe mir es als tarifangestellte Lehrerin dreimal überlegt, ob ich auf Teile meines Gehalts verzichten kann, wenn ich meine Stundenzahl reduziere. Ich habe aber zum Schluss ganz einfach keine volle Stelle mehr mit Deutsch und Englisch – mitsamt all der Korrekturen – geschafft. Hinzu kommt, dass die Schülerinnen und Schüler mit ihren Bedürfnissen und Anforderungen viel mehr Aufmerksamkeit benötigen als noch vor 15 oder 20 Jahren. Deshalb kommt ja der Ruf nach multiprofessionellen Teams – auch für die Gymnasien. Im Moment werden Lehrerinnen und Lehrer mit viel zu vielen Themen allein gelassen.

LASSMANN: Mittlerweile wird auch an Gymnasien inklusiv gearbeitet. Viele Lehrerinnen und Lehrer sind darauf nicht vorbereitet, geschweige denn

dazu aus- und fortgebildet worden. Häufig hängt das Gelingen dann an persönlichem Engagement. Das kann nicht sein, dazu braucht es die erwähnten multiprofessionellen Teams, Sonderpädagogen, Psychologinnen und Schulbegleitungen.

Die Einstellung von nichtpädagogischen Kräften ist versprochen, gleichzeitig werden die Möglichkeiten für anlasslose Teilzeit und Frühpensionierungen nach dem Willen des Schulministeriums massiv eingeschränkt. Was halten Sie davon?

EWERS: Ich will nicht zynisch klingen, aber das wird zwangsläufig dazu führen, dass Kolleginnen und Kollegen sich dennoch einen Weg in den Ausstieg suchen werden. Wenn es keine Möglichkeit mehr zur Teilzeit gibt, werden viele längerfristig erkranken. In Teilzeit gehen die wenigsten, weil sie in der freien Zeit schöne Dinge unternehmen oder sich Zeit für Wellness nehmen. Sie können schlichtweg nicht mehr. Eigentlich müsste man ganz anders an das Thema ran. Wenn man sagt, wir wollen weniger Teilzeit, muss man die Rahmenbedingungen so gestalten, dass kaum noch jemand in Teilzeit gehen möchte. Mehr Stunden bedeuten in meinen Fä-

chern automatisch wesentlich mehr Korrekturgruppen und zu betreuende Kinder und Jugendliche.

LASSMANN: Schon als ich 2008 im Referendariat war, hat an meiner damaligen Schule kaum noch jemand in Vollzeit gearbeitet. Selbst die jungen Kolleginnen und Kollegen haben fast alle Teilzeit gemacht. Das ist symptomatisch und ein Zeichen dafür, dass das Stundendeputat für eine Vollzeitstelle zu hoch ist. Jetzt etwas gegen den Lehrkräftemangel unternehmen zu wollen, in dem man die Stundenzahl vergrößert, ist der falsche Weg und auch das falsche Signal.

Was wäre für Sie ein Zeichen der Wertschätzung?

LASSMANN: Es wäre schon gut, die Belastungen von Lehrerinnen und Lehrern überhaupt anzuerkennen. Es ist wichtig, die Pflichtstundenzahl bei einer vollen Stelle zu reduzieren. Wertschätzend wäre es auch, wenn man kleinere Klassen hinbekäme. Wir brauchen Entlastungen an vielen Stellen. Im europäischen Ausland muss keine Lehrerin das Geld für die Klassenfahrt einsammeln und am Kopierer stehen. Eine Wertschätzung wäre auch, wenn der Staat mehr in Kinder, Jugendliche und in Bildung allgemein investieren würde. Wir müssen Schulen Geld geben für eine bessere Ausstattung, es würde sich kein Arbeitnehmer und keine Arbeitnehmerin gefallen lassen, in einem nicht vorhandenen Büro arbeiten zu müssen.

EWERS: Wenn mehr Entlastungen im täglichen Geschäft da wären, für Pausenaufsichten, Mensaaufsichten, Ordnungsmaßnahmen, Klassenbucheinträge, Fehlzeitenerfassung oder das Vorbereiten von Schulfesten, dann könnten sich Lehrerinnen und Lehrer wieder mehr auf die Kinder und Jugendlichen konzentrieren. Das würde auch dazu führen, dass wir wieder mehr Zeit für Teambesprechungen haben, die zwar notwendig sind, aber häufig ausfallen. Dazu ist oftmals keine Luft mehr vorhanden. So geht viel Qualität verloren. Für Projekte mit bienenfreundlichen Samenbomben muss halt auch die Zeit da sein und Schulausflüge sind gut und schön, aber wie soll das funktionieren, wenn zu Hause drei Stapel Klausuren liegen, die noch korrigiert werden müssen? Für viele Kolleginnen und Kollegen beginnt die eigentliche Arbeit doch erst, wenn sie nachmittags nach Hause kommen.

Was würden Sie noch ändern, damit Lehrkräfte wieder Lehrkräfte sein können?

LASSMANN: Eine Klassenarbeit reiht sich an die nächste, das hat nichts mehr mit individueller Förderung zu tun, zu der wir verpflichtet sind. Das ist mit 33 und mehr Kinder in einer Klasse schwer umzusetzen. Aber mit alternativen Prüfungsformaten könnte man da vielleicht schon etwas bewegen. Im Moment ist es von allem »zu viel«. Zu viele Schüler in einer Klasse, zu viel Lärm, zu viel Leistungsdruck und das »zu viel« trifft auf ein »zu wenig« an Ausstattung, an Unterstützung und Innovation.

EWERS: Ich weiß, dass das derzeit nicht geht, jedoch wären viele Lehrerinnen und Lehrer schon glücklich, wenn sie drei Stunden weniger arbeiten müssten. Drei Stunden können bedeuten, in einem Schuljahr 150 weniger Klausuren korrigieren zu müssen. Das bedeutet in manchen Fächerkombinationen – wie zum Beispiel Deutsch und Englisch – 150 Stunden weniger bzw. mehr Lebenszeit. In der Sek II brauchen Sie für eine Klausurkorrektur im Leistungskurs bis zu 1,5 Stunden. Mit Wohlfühltipps und Yoga unter dem Deckmantel des Betrieblichen Gesundheitsmanagements kommen Sie da nicht weiter. Solange die Gruppen so groß sind, sind die Kolleginnen und Kollegen mit den Korrekturen zeitlich überfordert. Von der Unterrichtsvorbereitung – häufig erst nach 17 Uhr – ganz zu schweigen.

Anderes Thema: Wir stoßen auf einen Finanzminister, der für A13 für alle rund neunhundert Millionen Euro ausgibt. Mehr Geld bedeutet aber nicht automatisch mehr Lehrkräfte. Wie würden Sie ihn überzeugen, dass für unsere Schulform auch Geld da sein muss?

EWERS: In den Anfang und das Ende des Lebens muss meiner Meinung nach das meiste Geld investiert werden. Wäre ich Ministerin, würde ich mit der Gießkanne ganz viel Geld über die Kitas, Grundschulen und weiterführenden Schulen gießen. Ich glaube aber auch, dass Geld allein noch keine guten Lehrkräfte schafft. Es geht um die Arbeitsbedingungen. Mich persönlich hätte auch mehr Geld nicht von der



Thema

»Eine Klassenarbeit reiht sich an die nächste, das hat nichts mehr mit individueller Förderung zu tun, zu der wir verpflichtet sind. Das ist mit 33 und mehr Kinder in einer Klasse schwer umzusetzen.«

Kündigung abgehalten. Es ist nicht das Gehalt, das mir gegen den Strich ging, sondern das System, das krank macht. Den Kolleginnen und Kollegen an Grundschulen sei das Geld gegönnt. Aber was nützt es denn, wenn die Kinder dort von fortan besser bezahlten Lehrkräften unterrichtet werden und die Kolleginnen und Kollegen an den weiterführenden Schulen weiterhin in die Knie gehen? Also muss man den Fokus doch auch auf die Lehrkräfte an Gymnasien und Gesamtschulen legen. Jetzt muss etwas passieren, vor allem für die Lehrkräfte, die schon im System sind und auch dortbleiben wollen. Wir können nicht auf die nächste Generation von Referendarinnen und Referendaren warten. Wir müssen aufpassen, dass uns jetzt nicht noch mehr gestandene Frauen und Männer von Bord gehen – so wie wir beide.

LASSMANN: Wir brauchen dringend ein gesellschaftliches und politisches Umdenken, damit Bildung endlich wieder mehr Wert erhält. Es müssen jetzt Ressourcen locker gemacht werden in diesem trägen System. Es geht um die Wertschätzung von uns Lehrkräften, aber auch um die Wertschätzung von jungen Menschen. Lernen funktioniert nur mit einer gesunden Beziehung zwischen Lehrenden und Lernenden.

EWERS: Ich bin auch Lehrerin geworden, weil mich während meiner Schulzeit einige meiner Lehrerinnen und Lehrer stark geprägt haben. Das waren mitunter echte Vorbilder für mich. Aber Prägen braucht Zeit und Raum und Kraft und Passion. Ich habe in meinen

Abiturklassen häufiger gefragt, wer später einmal Lehrerin oder Lehrer werden möchte. Da hat sich in den letzten Jahren niemand mehr gemeldet.

Was würden Sie jungen Kolleginnen und Kollegen raten, die gerade im Beruf starten. Sollen sie sich auf das Schlimmste vorbereiten?

EWERS: Ich bin immer noch davon überzeugt, dass der Lehrberuf ein schöner Beruf ist. Ich habe noch Hoffnung, dass sich nun etwas zum Besseren bewegt – zumindest in der Zeit, die noch vor den jungen Lehrkräften liegt. Obschon ich viel kritisiere, bin ich optimistisch.

LASSMANN: Ich kann mich da anschließen. Ich finde, dass Lehrerin nach wie vor ein toller Beruf ist. Man begleitet Kinder und Jugendliche in ganz wichtigen Lebensjahren. Ich weiß aber nicht, ob ich so optimistisch bin. Aber ich will niemanden desillusionieren. Ich würde niemandem von dem Beruf abraten, aber einen guten Rat mitgeben: Achtet auf euch.

EWERS: Ich rate jungen Kolleginnen und Kollegen dazu, mehr Mut zu haben. Auch Kolleginnen und Kollegen können dazu beitragen, dass sich die Arbeitsbedingungen verbessern, wenn sie hin und wieder »mal den Mund aufmachen«.

Aufgezeichnet von Olaf Steinacker
Pressereferent

Zahlen, bitte!

Teilzeit: Laut Statistischem Bundesamt ist im Vergleich zu anderen abhängig Beschäftigten die Teilzeitquote bei Lehrkräften mit 40,6 Prozent überdurchschnittlich hoch. Zum Vergleich: 2021 arbeiteten 29,9 Prozent der abhängig Beschäftigten in Teilzeit. Ein Grund für die höhere Teilzeitquote von Lehrerinnen und Lehrern ist der vergleichsweise hohe Frauenanteil: Während Frauen im Schuljahr 2021/2022 fast drei Viertel (73,0 Prozent) des Lehrpersonals an allgemeinbildenden Schulen ausmachten, lag der Frauenanteil in der Wirtschaft bei 48,0 Prozent.

Altersstruktur: Gut ein Viertel (25,7 Prozent) der Lehrkräfte im Schuljahr 2021/2022 war zwischen 50 und 59 Jahre alt, 10,9 Prozent waren 60 Jahre und älter. Mehr als jede dritte Lehrkraft (36,6 Prozent) war demnach 50 Jahre und älter. Die unter 35-Jährigen machten 21,1 Prozent des Lehrpersonals an allgemeinbildenden Schulen aus. Anteilig die meisten jüngeren Lehrkräfte im Alter von unter 35 Jahren gab es im Saarland (25,6 Prozent), gefolgt von Nordrhein-Westfalen (23,1 Prozent) und Bremen (22,4 Prozent).

Nachwuchs: Im Wintersemester 2022/23 lag die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger für ein Lehramt an den nordrhein-westfälischen Hochschulen um 1,4 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Wie das Statistische Landesamt anhand vorläufiger Ergebnisse mitteilt, sind im laufenden Wintersemester 8.703 Personen im ersten Hochschulsemester in einen Lehramtsstudiengang eingeschrieben. Ein Jahr zuvor waren es 8.826 gewesen.

INFO

Wir bedanken uns für die freundliche Genehmigung zum Abdruck des Beitrages aus: Philologenverband Nordrhein-Westfalen, Bildung aktuell – Wir machen Schule, 2/2023

Terminrückschau Februar bis Juni 2018

Außerordentlicher Jahreskongress

28. September 2023

**09:00 bis 13:00 Uhr mit gemeinsamen Mittagessen
Rendsburg - ConventGarten**

Gast: Bildungsministerin

KARIN PRIEN

FOTO: Prien

Quelle: Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur (Zugriff: 230420)



Dé-jà-vu – das Ende der Wissensgesellschaft?!

Wie wird sich die Künstliche Intelligenz in Lehr- und Lernprozessen auswirken? Brauchen wir neue Formen der Leistungsfeststellung? – So lautete das Thema einer gut besuchten Veranstaltung, welche der Philologenverband Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Hermann-Ehlers-Akademie im Mai durchführte. Als Referentinnen waren Frau Prof. Weißels von der Fachhochschule Kiel sowie Frau Schneider-Pungs von Microsoft eingeladen. Beide berichteten aus ihren jeweiligen Arbeitsbereichen, mit welcher enormen Geschwindigkeit sich die Anwendungsgebiete der Künstlichen Intelligenz ausbreiten. Die Betätigungsfelder scheinen grenzenlos. Das Software-

Angebot ist nur noch schwer überschaubar, und täglich kommen be-

die sich auf diesem Sektor tummeln, hinzu.



Foto: Weißels, Fotograf: Jonas Mako-schey

Mit ihren Einführungen in das Thema forderten beide Referentinnen die Anwesenden heraus. Die anschließende Diskussion war entsprechend lebendig und in ihren Einschätzungen durchaus widersprüchlich.

Dé-jà-vu – vergleichbare Eruptionen im Bildungssektor sind uns nicht fremd. Ich erinnere etwa an den Übergang vom Rechenschieber und der Logarithmentafel zum Taschenrechner. Später folgte die vermeintliche Verdrängung von Nachschlagewerken und Schulbüchern durch die

kannte Firmen und neue Start-Ups,

Online-Ressource Wikipedia. Stets wurden diese Innovationsschübe von mehr oder weniger aufgeregten Verlustdiskursen begleitet.

Gerade erleben wir wiederum eine Neuauflage solcher Bildungsdebatten. Dieses Mal geht es um „ganz Großes“: die ultimative Entwertung menschlicher Wissensproduktion und Wissensreproduktion durch anonyme Computerprogramme, die unter dem Sammelbegriff Künstliche Intelligenz (kurz: KI) auf den Wissenschafts- und Bildungsmarkt drängen. Gegenwärtig hat das „Monster“ vor

allem einen Namen: Chat GPT. Die Erfahrung lehrt, dass es ebenso vermessen wie fruchtlos ist, solche Innovationen regulierend im Zaum zu halten. Vielmehr sollte es wiederum darum gehen, ihre Chancen und Risiken stets im Rahmen des kritischen Austausches auszuloten, um aus dem jeweils Unabwendbaren das Beste herauszuholen. Es geht also nicht um den Schrecken neuer Entwicklungen, sondern wir müssen uns wieder einmal darum kümmern, diese für das Bildungssystem zuzurichten.

Barbara Langlet-Ruck



Foto: Langlet-Ruck, Fotograf: Jonas Makoschey

Terminrückschau März bis Juni 2023

07.03.2023

Verabschiedung der Geschäftsführerin Michaela Bech in der Geschäftsstelle

09.03. — 11.03.2023

JuPhi Tagung Saarbrücken

10.03.2023

Veranstaltung des C D U-Wirtschaftsrat im „Kieler Kaufmann“ mit der Präsidentin der Christian-Albrechts-Universität Prof. Dr. Simone Fulda

14.03.2023

Frühjahrsempfang der F D P-Fraktion im Landtag

21.03.2023

Frühjahrsempfang der C D U-Fraktion im Landtag

30.03.2023

JuPhi Tagung in Rendsburg

05.04.2023

Veranstaltung des Kieler Presseclubs

05.04.2023

Regionalkonferenz „Experimentierklausel“, Neumünster

18.04.2023

Teilnahme an der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands des Philologenverbands Nordrhein-Westfalen

26.04.2023

Sitzung des AK „HPR-Wahl 2023“

27.04.2023

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands

27.04.2023

Sitzung des Landesvorstands

04.05.2023

„Dialogprozess zur Lehrkräftegewinnung“: Ministerin Prien und Verbandsvorsitzende im Gespräch

04.05.2023

Redaktionssitzung *Gymnasium heute* 2/23

05.05. — 06.05.2023

Sitzung des Bundesvorstands in Berlin

08.05.2023

Künstliche Intelligenz/Chat GPT in Lehr- und Lernprozessen: Vortragsveranstaltung Phv-SH/Hermann Ehlers Akademie

09.05.2023

Konstituierende Sitzung des Ausschusses für Personalratsfragen (APR; vorerst kommissarisch)

01.06.2023

„Dialogprozess zur Lehrkräftegewinnung“: Ministerin Prien und Verbandsvorsitzende im Gespräch

03.06.2023

Fachtagung: Gute Lehrkräfte für starke Schulen - neue Wege in der Lehrkräftebildung, BMWFK/CAU

08.06.2023

Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands

13.06.2023

ÖPR-Schulung Rendsburg **02.03.2023**

14.06.2023

Ausflug der Pensionäre nach Nortorf

22. — 24.06.2023

DPhV-Seminar Seniorenpolitik, Nürnberg

24.06.2023

Landesmitgliederversammlung des RCDS Schleswig-Holstein e. V. (Kieler-Woche-Landesausschuss)

28.06.2023

Sitzung des Landesvorstands

29. — 30.06.2023

Landesgewerkschaftstag dbbsh, Kiel

Schule im Wandel – Chancen und Herausforderungen von „Künstlicher Intelligenz“ in der Unterrichtspraxis

30. März 2023 – endlich hat das Warten ein Ende!

Die lang geplante, lang ersehnte und oft wegen Corona verschobene Tagung der Jungen Philologen in Schleswig-Holstein fand in angenehmer Ambiente im Tagungshotel Birke in Kiel statt. Zehn engagierte und sehr interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben die teils langen Anfahrten aus den verschiedenen Regionen des Landes auf sich genommen, um in einer angeregten Austausch zur gegenwärtigen Lage der schleswig-holsteinischen Bildungspolitik zu gehen. Wenig überraschend: Überall in den Kollegien Schleswig-Holsteins drückt der Schuh an ähnlicher Stelle. Obwohl das Ministerium nicht müde wird, die scheinbar gute Lehrerversorgung an den Gymnasien zu loben und zu betonen, ist die Überlastung überall spürbar. Gerade in der Abiturphase leisten viele Lehrerinnen und Lehrer sehr gute Arbeit und investieren viel Zeit und Herzblut, um ihren Schülerinnen und Schülern zu einer bestmöglichen und qualitativ hochwertigen allgemeinen Hochschulreife zu verhelfen.

Wie wäre es aber, wenn nun nicht mehr eine menschliche Lehrkraft die mühselige Korrekturarbeit verrichten müsste, sondern eine künstliche Intelligenz?

Noch ist dies ein Szenario der Zukunft, doch die Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz sind rasant und machen auch vor den Schulen keinen Halt.

In Anbetracht dieser Tatsache war Moritz Larsen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fachhochschule Kiel und Experte im Bereich KI, zu Gast auf der Tagung und hat umfangreich und lebhaft über die Funktionsweise von Chat GPT und die Chancen und Herausforderun-

und Schülern von denen der KI noch losgelöst betrachten zu können.

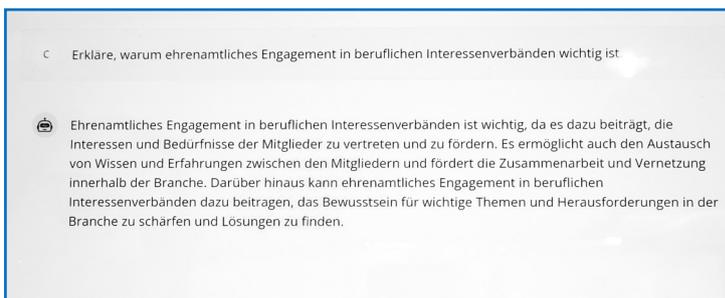
Zudem legte die Diskussionsrunde einen besonderen Fokus auf ein weiteres interessantes und sicherlich strittiges Feld, und zwar den kritischen Umgang mit den Quellen und Urheberrechten der KI.

Wie so oft bei der Auseinandersetzung mit spannenden, neuen Errungenschaften bleiben am Ende mehr Fragen offen als geklärt werden können. Nicht zuletzt sind vor allem wir Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Politik gefragt, Richtlinien und Hilfestellungen im Umgang mit KI im schulischen Kontext zu entwickeln.

In vielen Schulen ist es bereits Alltag, dass Schülerinnen und Schüler Chat GPT und Co nutzen, um Hausaufgaben zu schreiben oder Referate vorzubereiten. Des Weiteren wurde bei ersten Prüfungen an Schulen festgestellt, dass sehr wahrscheinlich Täuschungsversuche mittels Chat GPT unternommen wurden, was noch einmal unterstreicht, dass nun dringender Handlungsbedarf besteht.

Wir werden mit Spannung und Menschenverstand verfolgen, was sich die kommenden Wochen und Monate auf diesem Gebiet verändern wird und haben schon eine weitere Tagung zum Thema „KI in der Schule“ ins Auge gefasst – vielleicht mit noch mehr begeisterten Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmern und gerne wieder mit Moritz Larsen. Wir freuen uns schon darauf!

Christiane Vetter



gen von KI für die Unterrichtspraxis referiert. Vor allem ist es Herrn Larsen sehr gut gelungen, eine spannende Diskussion anzuregen, wie und unter welchen Bedingungen KI künftig in Schulen eingesetzt werden kann und soll und wo auch Grenzen in den Einsatzmöglichkeiten und vor allem in der Zulässigkeit des Einsatzes von KI zu ziehen sind.

Besonders beschäftigt hat die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Frage, wie künftig Aufgabentypen und Leistungsmessungen angepasst werden können, um die Fähigkeiten und Kompetenzen von Schülerinnen

Frühjahrstreffen 2023 der Jungen Philologen



Lehrerausbildung in Zeiten des Lehrkräftemangels – Frühjahrstreffen 2023 der Jungen Philologen im Saarland

Mit dem Lehrkräftemangel ist in den letzten Wochen und Monaten endlich ein weiteres großes Problem des Bildungswesens immer mehr in das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gerückt. Eine sinnvolle und nachhaltige Lösung des Missstandes vonseiten der Politik scheint allerdings vorerst nicht erwartbar.

Vor diesem Hintergrund haben sich vom **09. bis 11. März 2023** in Saarbrücken 24 Delegierte der Jungen Philologen beim diesjährigen Frühjahrstreffen auf Bundesebene getroffen, um unter anderem über Perspektiven und notwendige Maßnahmen zur Lehrkräftegewinnung und -ausbildung zu diskutieren. Schnell wurde deutlich, dass das Vorgehen der Bundesländer auch im Bereich der Lehrkräftegewinnung und -ausbildung in hohem Maße divergiert. In einigen Ländern wurden bereits Veränderungen am Lehrkräfteausbildungsgesetz vorgenommen, anderen stehen noch weitreichende Änderungen bevor.

Besonders intensiv haben sich die Jungen Philologen mit den abenteuerlichen Reformideen aus Thüringen befasst. Thüringen plant, statt einer schulartbezogenen Leh-

rausbildung, eine klassenstufenbezogene einzuführen und scheint auch das Unterrichten an Schulen durch Personen ohne Studium nicht mehr als Ausnahmefall zu betrachten.



Für einen ausführlichen Bericht zur schulpolitischen Situation im Saarland stießen zwei Vertreter des saarländischen Bildungsministeriums, Herr Schaller (Referatsleiter Gymnasium) und Frau Burkart (Referat Lehrkräfteausbildung), zur Diskussionsrunde dazu. Als erstes westdeutsches Flächenland hatte das Saarland das G8-Modell kurz nach der Jahrtausendwende eingeführt, doch nun kehrt es wie viele andere Bundesländer zu „einem neuen, modernisierten G9“ zurück, was ebenfalls den Bedarf an Lehrkräften erhöhen wird.

Um den Einstieg in das Lehramt attraktiver zu gestalten und mehr Interesse am Lehrerberuf zu wecken, will das Saarland beispielsweise Praxistage für Schülerinnen und Schüler an der Universität einführen und mehr Berührungspunkte mit dem Tagesgeschäft der Lehrkräfte durch mehr Praxisbezug im Studium ermöglichen. Gleichzeitig wurde aber auch aufgrund der finanziellen Lage des Saarlands offen

eingäumt, dass auch eine weitere Erhöhung des Stundendeputats als Mittel gegen den Lehrkräftemangel nicht ausgeschlossen werden könne.

Insgesamt fiel der saarländische Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels ähnlich ernüchternd aus wie in den meisten anderen Bundesländern und zielt an den eigentlichen Bedürfnissen angeheuer und bereits tätiger Lehrerinnen und Lehrer deutlich vorbei.

Solange dem Lehrerberuf nicht endlich mehr Anerkennung und Wertschätzung entgegengebracht wird und vor allem zeitliche Entlastungen – statt immer mehr Aufgaben und Anforderungen – durchgesetzt werden, werden sich immer weniger junge Menschen für den Weg in den Schuldienst entscheiden. Dem Bildungssektor droht im Zuge dessen auch eine qualitative Abwärtsspirale, deren verheerende gesellschaftliche und ökonomische Konsequenzen mehr Anstrengungen im Hier und Jetzt erfordern und auch einen höheren finanziellen und personellen Aufwand in jedem Fall rechtfertigen würden. Bleibt zu hoffen, dass auch die Politik in absehbarer Zeit zu dieser Erkenntnis und sinnvollen Zukunftsvisionen im Bildungsbereich gelangt.

Christiane Vetter



Pressemitteilung

Philologenverband: Vorzeitige Pensionierungen sind Folgen erhöhter Belastungen/ Verband warnt vor Lehrkräfte- und Beamtenbashing

Der Philologenverband Schleswig-Holstein begrüßt die Absicht der Landesregierung, die Gründe für die vorzeitigen Pensionierungen von Beamten zu ermitteln. Für die Lehrkräfte, für die dies auch gilt, kann die P h v-Vorsitzende allerdings bereits jetzt einige Ursachen festmachen: „Für den Lehrerberuf gilt, dass dieser in den vergangenen beiden Jahrzehnten an Attraktivität verloren hat. Zu einer im Bundesvergleich sehr hohen Arbeitszeit in Schleswig-Holstein sind in großem Umfang außerunterrichtliche Aufgaben gekommen, die mit dem eigentlichen pädagogischen Auftrag nichts zu tun haben“, erläutert Barbara Langlet-Ruck. Nicht nur frühzeitige Pensionierungen, sondern auch die Zunahme der Teilzeitanträge oder des beruflichen Wechsels heraus aus dem Lehrerberuf in andere Professionen sowie die an vielen Universitäten bereits feststellbare abnehmende Zahl von Lehramts-

studenten seien klare Indizien für den massiven Rückgang der Attraktivität des Lehrerberufs.

„Sozial-integrative Aufgaben kommen in einem Ausmaß hinzu, das sich die Lehrkräfte bei ihrem Berufseinstieg niemals haben vorstellen können“, so die P h v-Vorsitzende. Unklare Empfehlungen für den Besuch einer weiterführenden Schule steigern die Zahl leistungsheterogener Lerngruppen an allen Schularten und führen dazu, dass an keiner Schulart den unterschiedlichen Begabungen und dem individuellen Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler in anzustrebendem Maß gerecht werden kann. Zeit- und kraftraubende Sozialarbeit zusätzlich zur Kernaufgabe – dem Fachunterricht – seien die Folge.

Diese vielfältigen Ursachen für ein frühes Ausscheiden aus dem Dienst könn-

ten Landtag und Landesregierung nicht mehr ignorieren, so der Philologenverband.

Ein Beamtenbashing, verbunden mit dem Vorwurf mangelnder Belastbarkeit von Landesbediensteten, insbesondere von Lehrkräften, sei unangemessen und fern von der Wirklichkeit.

„Wir sind fest davon überzeugt, dass attraktivere Arbeitsbedingungen, materieller wie immaterieller Art, die Zahl der Frühpensionierungen deutlich einschränken könnten“, erklärte Barbara Langlet-Ruck.

Dr. Barbara Langlet-Ruck,
(1. Vorsitzende)
Walter Tetzloff
(Pressesprecher)

Philologenverband: Missachtung der Fürsorgepflicht in großem Stil! „Monika Heinold ignoriert das Beamtenrecht und das Gebot der sozialen Gerechtigkeit!“

Die jüngsten Äußerungen von Finanzministerin Monika Heinold zu Besoldungsfragen im Öffentlichen Dienst haben nicht nur bei Lehrkräften im Lande eine schockierende Wirkung ausgelöst. Sie reicht von Unverständnis über Widerspruch zu offenem Zorn.

Die Ministerin hatte im Hinblick auf den von der Verfassung verlangten Abstand zwischen Bürgergeld und der Alimentierung von Beamten und Pensionären angekündigt, diese könnten künftig nur auf dem individuellen Klageweg ihre Ansprüche anmelden. Seien diese Klagen erfolgreich, könnten auch nur die betreffenden Klägerinnen und Kläger

eine Nachzahlung erwarten.

„Dies ist eine eklatante Missachtung der ministeriellen Fürsorgepflicht!“, erklärte die Vorsitzende des Philologenverbands, Barbara Langlet-Ruck, im Einvernehmen mit ihrer Dachorganisation, dem Deutschen Beamtenbund. Beamte hätten einen grundgesetzlich garantierten Anspruch auf eine angemessene Vergütung bzw. (im Falle der Ruhestandsempfänger) auf eine angemessene Versorgung. Hier bestehe ein besonderes Treueverhältnis, das Ministerin Heinold nicht ignorieren dürfe.

Der Philologenverband wendet sich auch an den Ministerpräsidenten, der seine Richtlinienkompetenz nutzen möge, um Heinolds brücker Vor-

gehensweise einen Riegel vorzuschieben.

Barbara Langlet-Ruck erinnerte Landtag, Landesregierung und Öffentlichkeit an die beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anhängige Klage gegen die seit 2007 bestehende Verweigerung, Beamten ein Weihnachtsgeld zu zahlen. „Mit großer Zuversicht erwarten wir eine positive Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch in diesem Jahr“, so Langlet-Ruck.

Dr. Barbara Langlet-Ruck,
(1. Vorsitzende)
Walter Tetzloff
(Pressesprecher)

Dummdeutsch für Fortgeschrittene

Hochkonjunktur für Interjektionen

Wir Philologen verstehen uns – getreu lexikalischer Definitionen – als Freunde des Wortes, des Wortsinns und der Wissenschaften. Grund genug für ein wenig Sprachkritik an dieser Stelle. Was uns nämlich in der Öffentlichkeit (und keineswegs nur in der medialen ...) entgegenschlägt, kann uns zuweilen entweder befremden oder amüsieren. Der Verfasser hat sich für Letzteres entschieden.

Wer im Unterricht und allemal im Öffentlichen Raum auf ein paar Umgangsformen und ein wenig Höflichkeit wert legt, ist doch nicht gleich ein Spießer. Oder vielleicht doch? Man kommt ins Zweifeln, wenn man das kommunikative Verhalten seiner Mitmenschen unter 40 beobachtet. Wer eine Formulierung oder einen Sinnzusammenhang nicht – oder manchmal nicht sofort – verstanden hat, bemüht seit etlichen Jahren nicht mehr die höfliche Frage „Wie bitte?“, wenn er akustisch oder intellektuell dem Gegenüber nicht gleich folgen kann (was durchaus nicht immer am Empfänger liegen muss), sondern kräht ihm – zuweilen begleitet von einer bedrohlich wirkenden Mimik – das Wörtchen „Häh?“ entgegen. Die

nonverbale Botschaft ist klar: Du – liebes Gegenüber – bist schuld, wenn ich nichts verstehe ...

Unseren Schülerinnen und Schülern mag man diesen Sprachgebrauch noch am ehesten verzeihen – angesichts des starken Konformismus, der sich besonders in der Mittelstufe auslebt. Dass sich das hässliche „Häh“ allerdings auch zunehmend im Lehrerzimmer ausbreitet, wird man bedauern dürfen ... und sich gleichzeitig darüber freuen, was die sechsjährige Tochter eines sehr guten Freundes zu diesem Thema jüngst von sich gab. Die Erstklässlerin und Klassensprecherin berichtete kurz und knapp: „In unserer Klasse ist `Häh` verboten!“ Glückwunsch an die Grundschullehrerin, die mit die-

ser Maßnahme ihren Erziehungsauftrag besonders ernst nimmt ...

Mit Verboten kommt man im Lateinunterricht der Mittelstufe nicht immer so weit, aber Aufmerksamkeit erzielte unsereins doch mit der Replik auf wiederholtes „Häh“ aus Schülerkehlen. „Leute, hae (!) ist die feminine Pluralform im Nominativ von `hic, haec, hoc`!“ Derartiges Geblödel zeigte dann sogar langfristig Wirkung: Ein aufgeweckter 14jähriger fand sich nach einem halben Jahr immerhin nach einem verzeihlichen spontanen „Häh“ zu einer Selbstkorrektur bereit: „Oh, Entschuldigung, ... ja `hae` ist die feminine Form ...“ Wenigstens eine kleine gelungene Lernerfolgskontrolle ...

Walter Tetzloff

Zum Schmunzeln und Grübeln...

Bei unserer Personalratswahl ergab sich eine ungewohnte Zusammenstellung. Wir haben nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren ein Verhältnis von Frauen: 4 zu Männern: 1 erhalten.

Bei der anschließenden Wahl stellten sich 7 Frauen und 3 Männer zur Wahl und nach dem Mehrheitswahlrecht kamen nun 5 Frauen in den Personalrat. Ist dieses Ergebnis nun korrekt oder steht Paragraph 7 über dem Ergebnis und es muss ein Mann in den Personalrat? Ich war auf der von Ihnen angebotenen Fortbildung und erinnere mich, dass auch sehr ungewöhnliche Ergebnisse ihre Berechtigung haben.

(E-Mail, 16.05.2023)

Ein großer und gefährlicher Irrtum

Reinhard Bingeners und Markus Wehners Abrechnung mit einer naiven Russlandpolitik

Eine „Zeitenwende“ kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz an. Unmittelbar nach dem grausamen Überfall russischer Streitkräfte auf die Ukraine stand man in Berlin vor den Scherben einer Russlandpolitik, die nun möglichst schnell zu Grabe getragen werden musste. In einer Mischung aus pazifistischer Friedenssehnsucht und wertefreier Außenhandelspolitik wollte man es zwei Jahrzehnte lang mit niemandem verderben, am wenigstens mit dem Herrscher im Kreml. „Verflechtung“ mit Russland war das Stichwort, und kein Geringerer als Frank-Walter Steinmeier trieb sie voran – zum Teil gegen den Rat seiner Beamten im Auswärtigen Amt.

Mag diese Politik des damaligen Außenministers noch ökonomischen Gesetzmäßigkeiten geschuldet sein (Energiesicherheit mittels Nordstream II), so driftete die Russlandpolitik seines Förderers, also des früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder in eine Mischung aus Kumpanei mit Putin und Anbiederung ab. Das sollte sich bis zum heutigen Tage fortsetzen. Einsicht? Nichts da. Die Ukraine solle das „Säbelrasseln“ einstellen, ließ der nun in Russland so gut verdienende, daheim aber fast völlig isolierte Exkanzler verlauten.

Das alles ist bekannt, und es ist wohlfeil, dem siebten Bundeskanzler, dem

N A T O und atlantische Bündnispartner immer fremd geblieben sind, zum Alleinverantwortlichen für ein naives Russlandbild der Deutschen zu machen, wie es bei unseren europäischen und transatlantischen Partnern immer wieder für Kopfschütteln sorgt. Darum geht es den beiden Autoren Reinhard Bingener und Markus Wehner auch gar nicht.

Sie zeichnen eine Traditionslinie extremer deutscher Rücksichtnahme auf Kreml-Interessen auf, wenn sie S P D-Politikern wie Helmut Schmidt und Herbert Wehner ihr Verständnis für den polnischen Ausnahmezustand als Reaktion für die Freiheitsbewegung Solidarnoc ankneifen und eine gefährliche Abhängigkeit Deutschlands von russischen Energielieferungen herausstellen – dies alles auf Kosten unserer Beziehungen zu mittel- und osteuropäischen Bündnispartnern.

Eine einseitige S P D-Schelte ist dieses Buch aber keineswegs. Korrekturen der moskaufreundlichen Haltung sind bei den Sozialdemokraten in unseren Tagen durchaus erkennbar man denke an die Vorsitzenden Lars Klingbeil und Saskia Esken.

Auch sollte man die Schröder-Nachfolgerin Angela Merkel nicht ganz von der Verantwortung für eine letztlich naive Russlandpolitik freisprechen. Zwar kann sich niemand

vorstellen, dass sich die bis zu ihrem 35. Lebensjahr in der Unfreiheit der D D R lebende Politikerin zu Putin in eine Kutsche setzen und peinliche Fraternalisierungsgeusen machen oder auch nur zulassen würde, Nordstream II und eine inkonsequente Ukraine-Politik gehören indes nicht zu den Ruhmesblättern ihrer Kanzlerschaft. Dies genauer zu beleuchten hätte dem ansonsten sehr lesenswerten Buch gut getan.

Walter Tetzloff



R. Bingener, M. Wehner: Die Moskau Connection, ISBN: 978-3-406-79941-9, 304 S., C.H.Beck Verlag, 02.05.2023, 18,00 €



Philologenverband
Schleswig-Holstein e.V.

Berufsverband der
Gymnasiallehrerinnen und -lehrer
in Schleswig-Holstein

Herausgeber: Philologenverband Schleswig-Holstein (PhV SH), Kiel
1. Vorsitzende: Dr. Barbara Langlet-Ruck (Fotos Phv SH, sofern nicht anders angegeben)

Redaktion: Dr. Barbara Langlet-Ruck, Walter Tetzloff, Jan Kunze, Michaela Bech

Satz: Michaela Bech

Red.-Anschrift: Muhliusstraße 65, 24103 Kiel, Tel.: 0431-81940, info@phv-sh.de, www.phv-sh.de

Druck: hansadruk und verlag gmbh + co.kg, hansastr. 48, 24118 kiel
Gedruckt auf FSC zertifiziertem Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft.